

Ministerium für Inneres und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
- Der Minister -



Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern
19048 Schwerin

Ministry of the Environment
Ms Seija Rantakallio
PO Box 35
FIN - 00023 Government

Schwerin, 16. Mai 2014

**Umweltverträglichkeitsprüfung zu einer neuen Kernkraftanlage in Pyhäjoki/ Finnland
hier: Stellungnahme der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern**

Sehr geehrte Frau Rantakailio,

das Land Mecklenburg-Vorpommern arbeitet seit Jahren mit den Nachbarländern und -regionen im Ostseeraum eng und freundschaftlich zusammen. Mit der Region Südwestfinnland verbindet uns eine langjährige und fruchtbare Partnerschaft. Ein wichtiger Bestandteil der vertrauensvollen Zusammenarbeit ist eine umfassende Information und Beteiligung an systematischen Prüfungsverfahren bei strategischen Planungen und Investitionen im Nachbarland mit möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen. Insofern danke ich Ihnen für die Gelegenheit, im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung zum Entwurf eines Kernkraftwerkbaus in Pyhäjoki Stellung nehmen zu können.

Das Verfahren zur Abgabe der nachfolgenden Stellungnahme erfolgt in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Wie den von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen zu entnehmen war, bewertet die finnische Regierung das mit der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung verbundene Risiko anders als die deutsche Regierung. Diese hat am 6. Juni 2011 als

Hausanschrift:
Ministerium für Inneres und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenal am Pfaffenteich
Alexandrinestraße 1 · 19055 Schwerin

Postanschrift:
Ministerium für Inneres und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
19048 Schwerin

Telefon: +49 385 588-2000
Telefax: +49 385 588-2984
E-Mail: poststelle@im.mv-regierung.de
Internet: www.im.mv-regierung.de

Reaktion auf die seinerzeitige Reaktorkatastrophe in Japan den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergienutzung und die Beschleunigung des Ausbaus regenerativer Energien im Rahmen der so bezeichneten Energiewende bis zum Jahr 2022 beschlossen. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat diesen Schritt ausdrücklich unterstützt.

Diese Grundentscheidung wird in Deutschland von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen. Entscheidend sind und waren rationale ökologische, ökonomische, aber auch ethische Beweggründe. Vom umfassenden alternativen Umbau zu einer CO₂-freien Energieversorgung in Deutschland werden seitens des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern Chancen für die kommenden Generationen erwartet, die auch für andere Staaten von Interesse sein könnten.

Die Herangehensweise Finnlands an die Begrenzung der im größten anzunehmenden Unfall freigesetzten Radioaktivität auf 100 TBq Cs-137 wird von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns besonders kritisch bewertet. Das Aktivitätsinventar in einem Reaktorkern am Zyklusende liegt um mehrere Größenordnungen darüber. Selbst wenn die Wahrscheinlichkeit eines Versagens der Sicherheitseinrichtungen mit katastrophalen Auswirkungen sehr gering ist, kann ein solches Ereignis nie mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Es ist daher eine Freisetzung weitaus größerer Aktivitätsmengen in Betracht zu ziehen, als sie Finnland in seinen Ausbreitungsberechnungen zu Grunde gelegt hat. Daher erscheinen die Aussagen zu den Risiken, denen Deutschland in Bezug auf die Nutzung der Atomkernenergie durch Finnland ausgesetzt würde, nicht realistisch. Der Betrieb von Kernkraftwerken in Finnland kann sehr wohl erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt in Deutschland haben, wenn es zu schweren Störfällen kommt, die über die Auslegungsannahmen hinausgehen. Mecklenburg-Vorpommern wäre bei einem solchen Störfall als Ostseeanrainer erheblich negativ betroffen.

In Anbetracht gerade unserer nachbarschaftlichen Nähe, aber auch in Hinsicht auf eine Gesamtverantwortung für zukünftige Generationen teile ich Ihnen den dringenden Wunsch der hiesigen Landesregierung mit, die dortigen Pläne zur Nutzung der Kernkraft im

Interesse der Bevölkerung unserer beiden Länder noch einmal ernsthaft zu überdenken und auf das Vorhaben nach Möglichkeit zu verzichten.

Natürlich respektiert auch das Land Mecklenburg-Vorpommern alle Entscheidungen im Bereich der inneren Angelegenheiten Finnlands. Lassen Sie mich aber unabhängig hiervon die aufrichtige Sorge der hiesigen Landesregierung hinsichtlich möglicher Folgen des dortigen Ausbaus der Kernenergieanlagen zum Ausdruck bringen. Die Unglücksereignisse von Fukushima und Tschernobyl haben uns drastisch vor Augen geführt, dass die Konsequenzen der Havarien von Atommeilern länderübergreifend wirken.

Mit freundlichen Grüßen



Lorenz Caffier